

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 160. Ratssitzung vom 16. Januar 2013

3509. 2011/232

Postulat von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP) und Peter Anderegg (EVP) vom 29.06.2011:

Bericht über die negativen Auswirkungen von Spielbankenbetrieben und die möglichen Massnahmen zur Problembekämpfung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1487/2011): Spielsucht ist nach wie vor in der Schweiz ein grosses Thema und führt zu massiven sozialen und wirtschaftlichen Problemen für die Betroffenen. Zahlenmässig gibt es – beispielsweise im Vergleich zu Alkoholsüchtigen – verhältnismässig wenige Spielsüchtige. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die Betroffenen stärker auf sich selber gestellt sind und die Prävention zu wenig ausgereift ist. Casinos sind verpflichtet, Selbstkontrollen durchzuführen, jedoch greift diese Selbstkontrolle nicht. Die sozialen Präventionsmassnahmen kommen erst zum Zug, wenn die gesamten finanziellen Mittel des Betroffenen erschöpft sind. Die effektivste Präventionsmassnahme wäre ein Verzicht auf Casinos. Dies ist jedoch nicht umsetzbar. Deshalb bitten wir den Stadtrat, Massnahmen in Bezug auf die konsequente Umsetzung der sozialen Kontrollkonzepte, Prävention und Spielsuchtberatung zu prüfen.*

***Dr. Thomas Monn (SVP)** begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. Juli 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Spielsucht kann Menschen in den finanziellen Ruin treiben. Jedoch ist es nicht Aufgabe der Stadt, einen Bericht über die Aufsicht von Spielbanken zu verfassen. Es existieren bereits diverse Studien zur Problematik der Spielsucht. Für diese Probleme ist der Bund verantwortlich. Die meisten Casinobesucher leben nicht in der Stadt Zürich, zudem müssen die Sozialämter die Gründe für die finanzielle Notlage der Hilfesuchenden abklären. Die Casinos haben ausserdem positive Auswirkungen auf das Gewerbe der Stadt. Die SVP appelliert an die Eigenverantwortung und das Selbstbestimmungsrecht der Menschen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Marc Hohl (FDP):** Die negativen Folgen der Spielsucht sollen nicht verharmlost werden. Allerdings ist es für den Staat nicht möglich, sich für alle Menschen einzusetzen, die ein erhöhtes Risiko aufweisen, in eine Sucht zu verfallen. Würde diese allumfassende Suchtprävention als wünschenswert betrachtet, müssten wir auch exzessives Arbeiten oder Sport bekämpfen. Auch diese Tätigkeiten besitzen ein Suchtpotential. Es ist nicht*

2 / 2

wünschenswert, wenn sich der Staat zunehmend in die persönlichen Belange der Bürgerinnen und Bürger einmischt.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Wir haben Verständnis für das Anliegen des Postulats und anerkennen die Probleme der Spielsucht. Nichtsdestotrotz sind wir der Auffassung, dass mit einem Bericht zwar ein Erkenntniszuwachs entstehen könnte, jedoch unser Handlungsspielraum als Rat nur sehr beschränkt ist. Deshalb ist es fraglich, inwiefern dieser Bericht einen Mehrwert darstellen könnte.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Auch wenn der Stadtrat die Einschätzung der Postulantin vom Ausmass der Problematik nicht teilt, ist er bereit, das Postulat anzunehmen. Der Stadtrat ist sich der Spielsuchtproblematik im Zusammenhang mit Casinos bewusst und nimmt sie ernst. Wir haben beim Bund und dem Casinobetreiber auf die Wichtigkeit eines Konzeptes zur Prävention der Spielsuchtproblematik hingewiesen. Die Mehrheit der Casinobesucher ist nicht spielsüchtig.*

Weitere Wortmeldungen:

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): *Der Bericht kann auch weggelassen werden, jedoch sollte trotzdem überprüft werden, was zur Prävention und Reduktion der Spielsuchtproblematik getan werden kann. Die Vergabe der Bewilligung liegt bei der Stadt, deshalb hat sie Kompetenzen und Verpflichtungen, die sie wahrnehmen muss, wenn die Casinos die Präventionskonzepte nicht ernst nehmen.*

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): *Im Postulat ist ein Bericht gefordert, ein Bericht bringt massive Kosten mit sich. Wir sind aber selbstverständlich bereit, bei einem präziser formulierten Postulat, einer Klärung der Fragen zuzustimmen.*

Das Postulat wird mit 23 gegen 94 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat